

V. Protestantische Gruppen und Milieus

Typische protestantische Milieus lösten sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunehmend auf und waren allenfalls noch in einzelnen, zumeist ländlichen Regionen klar erkennbar. Die nationalsozialistische Entkonfessionalisierungspolitik beschleunigte diese Entwicklung. Den mit allen Mitteln unternommenen Gleichschaltungsbestrebungen der Nationalsozialisten fiel auch das vielfältige evangelische Vereinswesen, das in dem verschiedentlich als zweites konfessionelles Zeitalter bezeichneten 19. Jahrhundert aufgeblüht war, rasch zum Opfer. Die innerkirchlichen Vereinheitlichungsbestrebungen, für die es zunächst einen breiten Konsens gab, verstärkten diesen Trend zusätzlich. Dennoch war der deutsche Protestantismus auch in der Zeit des NS-Unrechtsstaates weder institutionell noch theologie-, geistes- und mentalitätsgeschichtlich noch politisch oder soziologisch eine einheitliche Größe. Pluriformität scheint zu den Wesensmerkmalen des Protestantismus zu gehören, die ihn nicht nur für Außenstehende so schwer erfassbar erscheinen lassen. Dieses Charakteristikum ist offenbar stets Fluch und Segen zugleich – Fluch, weil es die notwendige Identitätsklärung erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht, und Segen, weil es einer absoluten Dominanz bestimmter Strömungen und einer totalen Vergewaltigung von außen, etwa von Seiten des Staates, im Wege steht. Die folgende Übersicht über protestantische Gruppen und Milieus soll einen exemplarischen Eindruck der Pluriformität evangelisch-kirchlichen Lebens im sogenannten Dritten Reich vermitteln.

1. Die deutsch-christliche Bewegung

In besonderer Weise mit dem vorherrschenden Zeitgeist verbunden und zeitweilig besonders einflussreich war die deutsch-christliche Bewegung, der es um ein harmonisches Miteinander oder sogar Ineinander von Kirche und Staat wie auch von Christentum und nationalsozialistischer Ideologie ging. Die wichtigsten Vorläufer dieser Bewegung waren zum einen der radikalere, unter Beteiligung von Houston Stewart Chamberlain 1921 gegründete »Bund für Deutsche Kirche«, auch »Deutschkirchler« genannt, denen es um eine Germanisierung des Christentums ging, zum anderen die 1930 gegründete, gemäßigttere, kirchlichere »Christlich-Deutsche Bewegung«, deren Ziel eine Christianisierung der nationalistischen Bewegungen war; hier war u. a. der Landesbischof von Mecklenburg-Schwerin Heinrich Rendtorff aktiv. Der Name »Deutsche Christen« (DC) tauchte zum ersten Mal 1927 in Thüringen auf. Zwei junge Pfarrer, Siegfried Leffler und Julius Leutheuser, beide glühende NSDAP-Mitglieder, gründeten dort die stark völkisch ausgerichtete »Kirchenbewegung DC«, mit der sie Ende 1931 bei den thüringischen Kirchenwahlen antraten. Die Thüringer DC bildeten auch später noch den harten - besonders radikalen - Kern der deutsch-christlichen Bewegung.

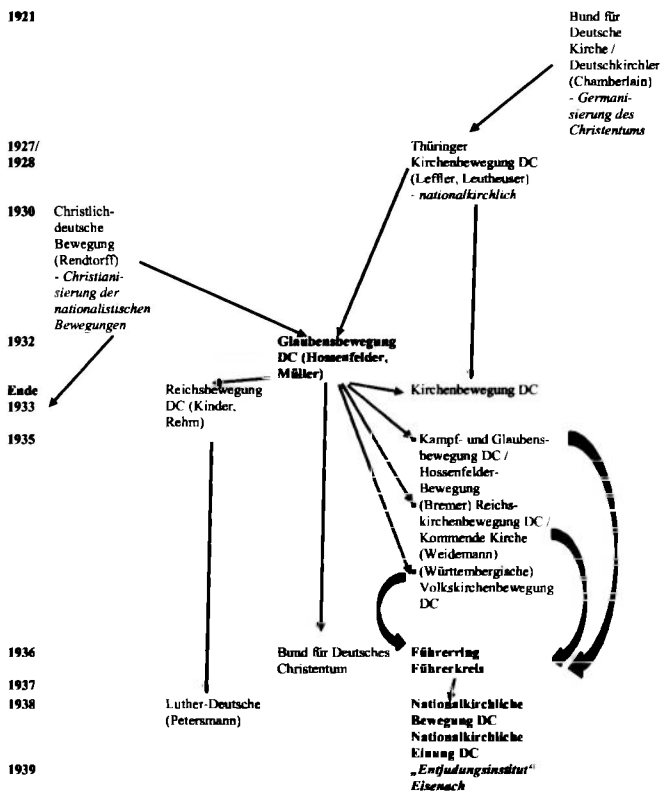
Die Gründung der »Glaubensbewegung DC« auf Reichsebene erfolgte erst im Jahre 1932. Der erste Reichsleiter, Hanno Konopath, musste wegen sittlicher Verfehlungen, die zu einem Parteiverfahren führten, nach kurzer Zeit wieder zurücktreten. Reichsleiter wurde schließlich der erst 33-jährige Berliner Pfarrer und ehemalige Front- und Freikorpskämpfer Joachim Hosenfelder. Schon 1929 war er der NSDAP beigetreten und hatte eine Aktionsgruppe nationalsozialistischer Pfarrer gegründet.

Bei den preußischen Kirchenwahlen im November 1932 erlangten die DC, die mit der Zeitschrift »Evangelium im Dritten Reich« über ein wöchentlich erscheinendes Publikationsorgan verfügten, gleichsam aus dem Stand heraus etwa ein Drittel der Sitze in den Gemeindegemeinderäten. Hossenfelders Führungsposition war indes nicht unumstritten. In Gestalt des Königsberger Wehrkreis Pfarrers Ludwig Müller – Gründungsmitglied der DC auf Reichsebene, Mitglied der Reichsleitung und ostpreußischer Provinzialleiter – erwuchs ihm schon bald ein hartnäckiger Konkurrent. Der als Heranwachsender noch von der ostwestfälischen Erweckungsbewegung geprägte und deren fromme Sprache beherrschende, 16 Jahre ältere Müller gab sich zu Anfang viel moderater als der »Heißsporn« Hossenfelder. Vor allem konnte Müller, der erfolgreich unter den Offizieren der Reichswehr für die Nationalsozialisten geworben hatte, durch seine persönliche Bekanntschaft mit Adolf Hitler punkten. Ausdruck des Konkurrenzkampfes zwischen Hossenfelder und Müller war, dass Hossenfelder nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zwar Reichsleiter blieb, es aber hinnehmen musste, dass die Richtlinien der DC neu gefasst wurden, Müller im Mai 1933 zum »Schirmherrn« der DC ernannt und im September dann als DC-Reichsbischofskandidat an die Spitze der neu gegründeten *Deutschen Evangelischen Kirche* (DEK) gewählt wurde. Dies wurde letztlich möglich durch den erdrutschartigen Sieg der DC bei den allgemeinen Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933, bei denen sie durchschnittlich gut zwei Drittel der Sitze in den verschiedenen kirchlichen Gremien erlangten und in den allermeisten Landeskirchen die Macht übernehmen konnten. Zwar waren die Wahlen staatlich angeordnet worden und sicher nicht ganz frei – die Nationalsozialisten hatten die DC massiv unterstützt und konkurrierende

Gruppierungen ebenso massiv behindert -, jedoch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die DC damals über einen großen Rückhalt in der protestantischen Bevölkerung verfügten. Dabei ist auch zu beachten, dass die Wahlerfolge der Nationalsozialisten im staatlichen Bereich vor und zu Beginn der NS-Herrschaft in protestantischen Bevölkerungskreisen überdurchschnittlich groß waren.

Angesichts ihres grandiosen Aufstiegs überrascht der rasante Niedergang und Zerfall der DC. Als Wendepunkt gilt die Sportpalastkundgebung des DC-Gaus Groß-Berlin am 13. November 1933 mit der Rede des Gauobmanns Reinhold Krause. Dessen radikale Forderungen und eine entsprechende - mit nur einer Gegenstimme angenommene - Entschließung der anwesenden ca. 20.000 DC-Mitglieder führten zu massenhaften Austritten aus der »Glaubensbewegung DC« und zur Formierung der bekennniskirchlichen Opposition. Reichsbischof Müller sah sich genötigt, sich von der DC-Kundgebung zu distanzieren und die DC-Schirmherrschaft niederzulegen. Damit verlor er allerdings auch seine kirchenpolitische Machtbasis. Dazu kam, dass die Nationalsozialisten sich jetzt offiziell auf einen religions- und kirchenpolitischen Neutralitätskurs zurückzogen und ihre offene Unterstützung für die DC und den Reichsbischof aufgaben. Alfred Rosenberg wiederum, der als eine Art »Chefideologe« der Nationalsozialisten angesehen wurde, nahm Müllers Distanzierung von Krause zum Anlass, um aus der evangelischen Kirche auszutreten. Auch Hossenfelder musste Ende 1933 als DC-Reichsleiter zurücktreten. In der Folgezeit zersplitterte die DC-Bewegung und erlangte nie wieder die Bedeutung, die sie im Sommer 1933 gehabt hatte. Das Schaubild zeigt diese Zersplitterung, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Zur Organisationsgeschichte der „Deutschen Christen“ (DC)



Die Aufsplitterung entsprach im Großen und Ganzen den beiden oben skizzierten unterschiedlichen Wurzeln der DC-Bewegung. Die radikaleren, von den »Deutschkirchlern« beeinflussten und den Thüringer DC nahestehenden Gruppierungen erwiesen sich dabei als der deutlich dynamischere Teil, während der gemäßigte Teil schon bald in der Bedeutungslosigkeit versank.

Nicht nur organisatorisch, sondern auch theologisch-geistesgeschichtlich waren die DC eine heterogene Bewegung. Sie gedieh zweifellos auf dem nationalprotestantischen Nährboden des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, aber ihre Anhänger, Mitglieder und führenden Vertreter kamen aus ganz unterschiedlichen Lagern; sogar ehemalige Religiöse Sozialisten waren darunter. Die nicht nur im konfessionellen Luthertum zu findende Lehre von den Schöpfungsordnungen Gottes bot einen Anknüpfungspunkt für die Lehre vom Volksnomos, wonach jedem Volk ein artspezifisches Gesetz zu eigen ist, das durch den charismatischen Führer des Volkes personifiziert und proklamiert wird. Insbesondere bei den radikalen Thüringer DC ist eine Affinität zu Positionen der liberalen Theologie auffallend. Einerseits griff man liberale Dogmenkritik auf und zerstörte mit deren Hilfe das Bekenntnis der Kirche, andererseits füllte man die entstandene Leerstelle durch die Aufnahme damals als modern und wissenschaftlich fundiert angesehener Elemente der NS-Rassenideologie. Insgesamt ist eher ein Desinteresse an Fragen von Theologie und Bekenntnis zu konstatieren, weil das politische Interesse solche Fragen an den Rand schob und überlagerte.

Zu Recht ist verschiedentlich herausgestellt worden, dass die DC eine männerdominierte Bewegung war. Das galt allerdings auch für die meisten ihrer innerkirchlichen Gegner. Zudem gibt es Berichte, wonach etwa zu den teilweise gut besuchten Vorträgen des seit 1935 faktisch entmachteten und sich immer mehr den radikalen DC zuwendenden Reichsbischofs Müller überwiegend Frauen erschienen.

2. Die Bekennende Kirche (BK) und deren Vorläufer

Die BK entwickelte sich im Gegenüber zu den DC und ihren kirchenpolitischen Plänen und Aktivitäten. Auch sie hatte unterschiedliche Wurzeln und brach später in zwei Richtungen auseinander, wenn auch die Zersplitterung der DC früher einsetzte und deutlich gravierender war.

Am 12. Mai 1933 trat die »Jungreformatrische Bewegung« (JB) mit einem Aufruf [Hermle/Thierfelder, 110f.] an die Öffentlichkeit. In diesem Aufruf bekundete man einerseits ein »freudige[s] Ja zum neuen deutschen Staat«, andererseits forderte man, die evangelische Kirche müsse »den ihr von Gott gegebenen Auftrag in voller Freiheit von aller politischen Beeinflussung« erfüllen können. Damit war eine Position markiert, die auch später für die BK charakteristisch war: Bei grundsätzlicher politischer Loyalität gegenüber dem NS-Staat wollte man zugleich die Unabhängigkeit und Identität der Kirche gewahrt wissen. Kirche müsse Kirche bleiben, so lautete das Credo, auch unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen, die man grundsätzlich befürwortete oder zumindest stillschweigend respektierte. Die JB stimmte mit den DC darin überein, dass eine umfassende Kirchenverfassungsreform notwendig sei, um die 28 Landeskirchen, die bisher lediglich in einem Kirchenbund lose miteinander verbunden waren, unter der Führung eines Reichsbischofs enger zu einer »evangelischen Kirche deutscher Nation« zusammenzuschließen. Während jedoch die DC mit Hilfe dieser Reform die Kirche mit dem neuen Staat gleichschalten wollten und einen überzeugten NSDAP-Parteigenossen, nämlich Ludwig Müller, für das neue Reichsbischofsamt ausersehen hatten, forderte die JB, »daß bei den kommenden Entscheidungen einzig und allein aus dem

Wesen der Kirche heraus gehandelt wird« [ebd., 110], und schlug den angesehenen Leiter der Betheler Anstalten, Friedrich von Bodelschwingh d. J., als Reichsbischof vor. Zudem lehnte die JB im Unterschied zu den DC ausdrücklich »die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche« ab. Hauptvertreter der JB waren Berliner Theologen, u. a. Walter Künneth, Leiter der Apologetischen Zentrale, Hanns Lilje, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, Oberkirchenrat Theodor Heckel, Gerhard Jacobi, Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, der Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller und der junge Privatdozent Dietrich Bonhoeffer sowie die Berliner Religionspädagogin Magdalene von Tiling. Auch aus anderen Städten schlossen sich überwiegend Theologen an, so die Professoren Friedrich Gogarten (Breslau), Helmuth Schreiner (Rostock) und Wilhelm Stählin (Münster) und die Pfarrer Karl Bernhard Ritter (Marburg) und Georg Schulz (Wuppertal). Die allermeisten gehörten später zu den führenden Persönlichkeiten der BK – nicht so Heckel und Gogarten – und waren von konservativer lutherischer Theologie geprägt, zu der auch die Lehre von den Schöpfungsordnungen Gottes – etwa Volk und Staat – gehörte. Ausdrücklich wandte man sich gegen eine »liberalistische [...] Theologie«, die man bei den DC zu entdecken glaubte; in diesem Punkt traf man sich mit der »Dialektischen Theologie« des einflussreichen reformierten Bonner Professors Karl Barth. Stählin und Ritter gehörten zu den prägenden Gestalten der liturgischen Reformbewegung der »Berneuchener«; der wegen seiner Ehescheidung später auch in der BK in Ungnade gefallene Schulz war der Begründer der »Sydower Bruderschaft«, der ersten organisierten evangelischen Pfarrergemeinschaft. Nachdem die JB zunächst ihren Reichsbischofskandidaten hatte durchsetzen können, war sie

den Machenschaften der DC und der Nationalsozialisten nicht gewachsen, die mit allen Mitteln doch noch ihren Kandidaten durchsetzen wollten. Bodelschwingh sah sich nach nur 30 Tagen zum Rücktritt gezwungen und die vernichtende Niederlage bei den staatlich angeordneten Kirchenwahlen vom Juli 1933 bedeutete faktisch das Ende der JB. In seiner bekannten Schrift »Theologische Existenz heute!« hatte Barth bereits im Juni 1933 heftige Kritik an der JB geübt. Barths Vorwurf, die JB habe sich auf kirchenpolitisches Taktieren eingelassen anstatt ein theologisch fundiertes geistliches Widerstandszentrum zu bilden, verfehlte ihre Wirkung auf viele JB-Mitglieder nicht, von denen sich nicht wenige nun der Barthschen Theologie annäherten.

Aus der JB heraus wurde im September 1933 unter der Leitung Niemöllers, der bereits Adjutant des Reichsbischofs von Bodelschwingh gewesen war, der Pfarrernotbund gegründet, der seine Mitglieder auf Bibel und Bekenntnis verpflichtete und einen kirchlichen »Arierparagraphen« als bekenntniswidrig verwarf. Zeitweilig gehörte dem Notbund etwa ein Drittel aller Pfarrer an, u. a. die gesamte »Sydower Bruderschaft«.

Vom Pfarrernotbund führte eine direkte Linie zur BK. Weitere Wurzeln der BK waren sogenannte freie, d. h. nicht von den DC dominierte, gewissermaßen »alternative« Synoden und Versammlungen, vor allem in Preußen, sowie die sog. »intakten« lutherischen Landeskirchen Bayern, Hannover und Württemberg, in denen die DC nicht die Macht hatten übernehmen können und die alten Kirchenleitungen im Amt geblieben waren. Am 11. April 1934 wurde in Nürnberg ein Aktionsausschuss für die Zusammenfassung der bekenntnistreuen Kräfte (»Nürnberger Ausschuss«) gegründet, der zunächst von dem bayerischen Landesbischof Hans Meiser geleitet wurde und dann von Karl

Koch, dem Präses der preußischen Provinzialkirche Westfalen, in der die DC sich ebenfalls nicht hatten durchsetzen können. Als offizielle Gründungsereignisse der BK können der Bekenntnisdienst im Ulmer Münster vom 22. April 1934 mit der Verlesung der »Ulmer Erklärung«, in der man sich von der DC-dominierten Reichskirche lossagte, und die Barmer Reichsbekenntnissynode vom 29. bis 31. Mai 1934 gelten. Die in Barmen verabschiedete »Barmer Theologische Erklärung«, ein Kompromisspapier von Barthianern und konfessionellen Lutheranern, wurde zu einer Art Magna Carta der BK. Weitere Reichsbekenntnissynoden fanden im Oktober 1934 in Berlin-Dahlem und im Juni 1935 in Augsburg statt. Die Dahlemer Synode rief das kirchliche Notrecht aus und setzte eigene Leitungsorgane ein, u. a. eine Vorläufige Kirchenleitung unter dem Vorsitz des hannoverschen Landesbischofs August Marahrens. Nach der vierten Reichsbekenntnissynode in Bad Oeynhausen im Februar 1936 brach die BK in einen gemäßigeren lutherischen und einen radikaleren uniert-reformierten, von Barth geprägten Teil auseinander. Anlass war die bedingte Bereitschaft der Lutheraner zu einer Kooperation mit den staatlich eingesetzten Kirchenausschüssen, die der radikalere Teil der BK strikt ablehnte. Der lutherische Flügel der BK, dem außer den »intakten« Landeskirchen auch oppositionelle »Bruderräte« aus sogenannten zerstörten, d. h. von den DC regierten, lutherischen Landeskirchen angehörten, schloss sich zunächst unter der Leitung des bayerischen Oberkirchenrats Thomas Breit, ab 1939 dann unter der Leitung Meisers, im Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (»Lutherrat«) zusammen. Der uniert-reformierte Teil der BK bestellte unter der Leitung des Dahlemer Pfarrers Friedrich Müller eine neue - zweite - Vorläufige Kirchenleitung.

Dass die BK über einen breiten Rückhalt im Kirchenvolk verfügte, zeigte sich etwa in der Teilnahme von mehr als 20.000 Menschen beim Rheinisch-Westfälischen Gemeindetag »Unter dem Wort« am 18. März 1934 in der Dortmunder Westfalenhalle – zu einer DC-Gegenveranstaltung eine Woche später kamen allerdings auch etwa 18.000 Menschen – sowie im Besuch des Ulmer Bekenntnisgottesdienstes von mehr als 5000 Menschen oder in den erfolgreichen Massenprotesten vor den Wohnungen des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm und seines bayerischen Amtskollegen Meiser, die im Oktober 1934 von den Nationalsozialisten abgesetzt und unter Hausarrest gestellt worden waren. Unzählige Gemeindeglieder in den »zerstörten« Landeskirchen erwarben auch die »Rote Karte«, den Mitgliedsausweis der BK.

Dass die bekennniskirchlichen Gremien keinen repräsentativen Querschnitt der Kirchenmitglieder darstellten, ließ etwa die Zusammensetzung der Barmer Reichsbekennnissynode erkennen: Die allermeisten Synodalen waren Theologen. Unter den übrigen Synodalen waren etwa nur ein Arbeiter, aber fünf Fabrikanten, nur ein Landwirt, aber vier Gutsbesitzer. Elf Synodale waren adelig. Ganz überwiegend gehörten die Synodalen gehobenen bürgerlichen Schichten an; sie waren vor allem Akademiker, Freiberufler, Offiziere. Und nur eine einzige Frau gehörte der Synode an, neben 138 Männern.

3. Die kirchliche »Mitte«

Die starke Polarisierung zwischen den DC und der BK erweckte schon unter Zeitgenossen den bis heute verbreiteten Eindruck, als sei die evangelische Kirche im Dritten Reich

komplett in zwei Blöcke auseinandergebrochen, zwischen denen es nichts Drittes gab. Tatsächlich gab es unter den Pfarrern wie unter den Gemeindegliedern nicht wenige, die versuchten, sich aus dem »Kirchenkampf« herauszuhalten, und sich um Äquidistanz zu den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Fronten bemühten. Die Motive für solch eine Haltung der Neutralität waren unterschiedlich, so dass auch die sog. kirchliche »Mitte« keineswegs eine homogene Gruppierung war und es vermutlich noch schwerer als die DC-Bewegung und die BK hatte, sich zu organisieren; nicht wenige lehnten mit den DC und der BK vergleichbare Organisationsstrukturen wohl auch bewusst ab. Obwohl zuverlässige Statistiken fehlen, kann man vermuten, dass der »Mitte« rein quantitativ mehr Anhängerinnen und Anhänger zuzurechnen waren als jeweils den DC und der BK; nach Kurt Meier war »die reichliche Hälfte der Pfarrerschaft« neutral [Meier, Bd. 3, 156]. Da es sich aber weithin um eine schweigende Mehrheit handelte, waren und sind DC und BK viel stärker im allgemeinen Bewusstsein verankert.

Welche waren die Motive, sich zur »Mitte« zu halten? Der heftig geführte Streit zwischen DC und BK wirkte abschreckend bzw. einschüchternd. Pfarrer mussten befürchten, dass dieser Streit ihre Gemeinden unversöhnlich auseinanderriss. Die überwiegend von Barth bzw. vom konfessionellen Lutherum geprägte Theologie der BK wurde etwa von altliberalen Kulturprotestanten nicht selten als dogmatisch zu eng und antimodern empfunden. Umgekehrt wirkten der Fanatismus und Synkretismus und die mangelnde theologische Reflexion bei den DC abstoßend. Wer zur BK hielt, lief Gefahr, als politisch unzuverlässig zu gelten. Viele Nationalsozialisten distanzieren sich aber ab Ende 1933 / Anfang 1934 auch von den DC, so

dass manche es für opportun gehalten haben werden, sich auch dort besser nicht zu engagieren. Schließlich werden die inneren Streitigkeiten der DC und der BK sowie deren jeweilige Zersplitterung eine Rolle gespielt haben, sich von der einen wie der anderen Bewegung fernzuhalten bzw. loszusagen.

Einer der wenigen nennenswerten Versuche, Anhänger der kirchlichen »Mitte«, die sich zum Teil bereits auf regionaler Ebene zusammengeschlossen hatten, auf Reichsebene zu einer Organisation zusammenzuschließen, war der im Juni 1937 gegründete »Wittenberger Bund«, dessen erster Vorsitzender der Stettiner Oberkonsistorialrat Heinrich Laag war. Hintergrund war die von Hitler nach dem Ende der Ära der Kirchenausschüsse angeordnete Kirchenwahl, die dann freilich nie stattfand. Der »Wittenberger Bund«, in dem sich neben einem »Pfarrerkreis« auch ein »Laienkreis« bildete, war einer volkskirchlichen Konzeption verpflichtet. Während man bei den DC, insbesondere bei den radikalen Thüringer DC, die schriftgemäße Verkündigung gefährdet sah, befürchtete man bei der BK eine gesellschaftliche Marginalisierung. In einem Aufruf [Hermle/Thierfelder, 434-436] forderte der »Wittenberger Bund« »den Wiederaufbau einer geeinten evangelischen Reichskirche«, die sich einerseits »entschlossen auf den biblischen Glauben gründet und in Treue [...] das] Erbe der Reformation« repräsentiert, andererseits aber zugleich »aufrecht und offen zum Reiche Adolf Hitlers steht«. Konkret wurde immerhin »die gerechte und freie Möglichkeit einer christlichen Predigt und christlichen Erziehung der Jugend« gefordert. Nachdem zu Beginn des Krieges die kirchenpolitischen Aktivitäten des Bundes erlahmten, wurden sie bemerkenswerterweise Anfang 1944 unter der neuen Leitung des Pasewalker Superintendenten Wolfgang-Günther Friedrich energisch wieder

aufgenommen. Offenbar sah man jetzt zugleich die Chance und die Notwendigkeit einer neuen volkskirchlichen Initiative jenseits der alten Fronten. Kriegsbedingt musste der Bund jedoch Ende 1944 seine Tätigkeit einstellen und ist nicht zuletzt wohl wegen seiner uneingeschränkten Loyalität zum NS-Staat nach Kriegsende auch nicht wiederbelebt worden.

4. Deutschgläubige Gruppierungen

Dass an dieser Stelle auf deutschgläubige Gruppierungen eingegangen wird, bedarf der Erläuterung, weil es sich dabei um neopagane und freireligiöse Bewegungen handelte, die sich dezidiert gegen die christlichen Kirchen und deren Lehren wandten. Diese Bewegungen gediehen jedoch ganz überwiegend auf (national-)protestantischem Nährboden, wie das Beispiel des Tübinger Religionswissenschaftlers Jakob Wilhelm Hauer, einer der führenden Gestalten der Deutschgläubigen, eindrücklich zeigt, der nicht nur aus einem württembergisch-pietistischen Elternhaus stammte, sondern zunächst auch mehrere Jahre lang im Kirchendienst tätig gewesen war und ein Pfarramt angestrebt hatte. Auch waren die Grenzen zwischen den Deutschgläubigen und den radikalen DC mitunter fließend. So verließ etwa Reinhold Krause nach dem Sportpalastskandal die DC und gründete die neopagane Glaubensbewegung *Deutsche Volkskirche*, die allerdings keine nennenswerte Bedeutung erlangte.

Die deutschgläubige Bewegung entstand im ausgehenden 19. Jahrhundert in engem Zusammenhang mit dem antisemitischen Nationalismus, den sie religiös zu untermauern bzw. zu überhöhen versuchte. Sowohl organisatorisch als auch inhalt-

lich war die Bewegung diffus. Oft wurden in synkretistischer Weise vermeintliche Elemente von alt- und indogermanischem Religionsgut mit Teilen des angeblich nationalgermanischen Christentums (Arianismus), der deutschen Mystik, der Aufklärung, des Idealismus und der Lebensreform- sowie der Freidenkerbewegung vermischt. Im Juli 1933 schlossen sich in Eisenach die wichtigsten Gruppen unter Hauers Führung zur »Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung« zusammen, aus der dann im Mai 1934 die »Deutsche Glaubensbewegung« hervorging. Wie bei den DC setzte bereits wenig später ein Zerfallsprozess ein, der sich u. a. in Absplitterungen und Rivalitätskämpfen auf der Leitungsebene zeigte. Anfang 1936 sah sich Hauer zum Rücktritt gezwungen. Die große publizistische Aktivität der Deutschgläubigen stand stets in einem Missverhältnis zu ihrer geringen Akzeptanz in der Bevölkerung; bei einem Zensus in Hamburg 1937 bekannte sich nur knapp ein halbes Prozent zu deutschgläubigen Gruppierungen [vgl. Nowak, 557].

Zum Niedergang der Bewegung wird auch das ambivalente Verhältnis zum Nationalsozialismus beigetragen haben. Zwar gab es durchaus prominente Nationalsozialisten, die der Bewegung nahestanden, wie z. B. Alfred Rosenberg und Reinhard Heydrich, und zeitweilig mögen die antikirchlichen Kampagnen der Deutschgläubigen den NS-Entkonfessionalisierungsbestrebungen dienlich gewesen sein, jedoch hatte Hitler es aus wahlaktischen Gründen bereits in »Mein Kampf« strikt abgelehnt, seine Bewegung mit den sektiererischen Bestrebungen der Deutschgläubigen zu verknüpfen; der thüringische NSDAP-Gauleiter Artur Dinter war deswegen 1928 sogar aus der Partei ausgeschlossen worden. Versuche von Deutschgläubigen, sich nach 1945 als unbelastet oder gar von den Nationalsozialisten

verfolgt zu stilisieren und ihre Organisationen wiederzubeleben, waren weitgehend erfolglos. Neben Hauer waren u. a. Mathilde Ludendorff, die zweite Ehefrau des Generals Erich Ludendorff, und der völkisch-antisemitische Publizist Ernst Graf zu Reventlow führende Repräsentanten der Deutschgläubigen.

5. Evangelische Jugend

Die aufkommende nationalsozialistische Bewegung war insbesondere in der jungen, protestantischen Generation vielfach begeistert aufgenommen worden. Frühzeitig unterstützten Vertreter der evangelischen Jugendverbände – allen voran der Reichsführer des Dachverbandes, des *Evangelischen Jugendwerkes*, Erich Stange – die Reichsbischofskandidatur Müllers. Bereits am 3. Juli 1933 übertrug Stange Müller die »Schirmherrschaft« über die evangelische Jugend Deutschlands. Zwei Tage nach der Wahl Müllers zum Reichsbischof am 29. September 1933 war das Jugendwerk Mitveranstalter einer Großkundgebung, bei der 22.000 Menschen in einem Fackelzug dem Reichsbischof huldigten. Am 17. November 1933 kamen die Jugendführer einer Forderung Müllers nach und übertrugen ihm die Befehlsgewalt über das Jugendwerk, allerdings mit dem Vorbehalt, dass dieser bei wesentlichen Fragen die Zustimmung des Führerrates des Jugendwerkes einholen müsse. Müller hatte verschiedentlich erklärt, dass er die evangelischen Jugendverbände vor einer Auflösung oder Eingliederung in die Hitlerjugend (HJ) schützen werde. An dieses Versprechen hielt Müller sich ebenso wenig wie an die oben genannte Zusage zur Rücksprache mit dem Führerrat des Jugendwerkes. Da seine Stellung geschwächt war, gab er dem Verlangen des NS-Reichs-

jugendführers Baldur von Schirach nach und unterzeichnete am 19. Dezember 1933 einen Vertrag, mit dem die evangelische Jugend in die HJ eingegliedert wurde. Volksmissionarische Hoffnungen, dass durch diesen Schritt künftig auch solche Jugendlichen in beschränktem Maße kirchlich erreicht werden könnten, die bisher der Kirche fernstanden, erfüllten sich nicht, da der NS-Staat an einer wie auch immer gearteten Missionierung der Jugend nicht das geringste Interesse hatte. Der von Müller Anfang 1934 berufene Reichsjugendpfarrer Karl Friedrich Zahn geriet deswegen bereits im Sommer 1934 in heftige Konflikte mit dem NS-Staat, die u. a. zu seinem Ausschluss aus der SA führten.

Schon unmittelbar nach dem Eingliederungsvertrag hatte bei vielen in der evangelischen Jugendarbeit Engagierten ein Umdenken stattgefunden, so auch bei Stange, der wegen seines Protestes umgehend seines Amtes enthoben und im Schnellverfahren aus der Partei ausgeschlossen wurde. Der Wuppertaler Pfarrer Paul Humburg, der im Mai 1933 noch zur Melodie des Horst-Wessel-Liedes ein eigenes Loblied auf Hitler gedichtet hatte, prangerte drei Jahre später in seiner bekannten »Knospenfrevelpredigt« mutig und ungeschminkt die »Vergewaltigung« der Jugendlichen durch den NS-Staat an [AEKR Düsseldorf, GH 26/13]. Unter dem Dach bekennniskirchlicher Gemeinden konnte in beschränktem Maße und nicht ohne Gefährdungen eine kirchliche Jugendarbeit weitergeführt werden. Eine große Wirkung über 1945 hinaus entfaltete etwa die Arbeit des von den Nationalsozialisten mehrfach inhaftierten Jugendpfarrers Wilhelm Busch im Essener Weigle-Haus, der u. a. in engem Kontakt mit dem späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann stand.

6. Evangelische Frauenverbände

Die evangelischen Frauenverbände begrüßten ebenfalls anfänglich überwiegend die »Nationale Revolution« und sympathisierten zudem mit dem geradezu antiemanzipatorischen nationalsozialistischen Frauenbild. Das gilt insbesondere auch für die mitgliederstarke und traditionsbewusste Frauenhilfe, die unter der Leitung der Gesamtvorsitzenden Helene von Oppen und des Geschäftsführers, DC-Pfarrer Hans Hermenau, in »Reichsfrauenhilfe« umbenannt wurde und eine neue, ganz nach dem Führerprinzip ausgerichtete Satzung erhalten sollte. Im Zuge der Kirchenreform 1933 wurden die evangelischen Frauenverbände, darunter auch die Frauenhilfe, im Frauenwerk der DEK zusammengefasst. An der Spitze dieses Frauenwerkes stand Agnes von Grone, die NSDAP-Parteimitglied war und im Einvernehmen mit dem DC-Reichsbischof Ludwig Müller das evangelische Frauenwerk dem staatlichen Deutschen Frauenwerk anschloss. Schon bald kam es immer wieder zu Übergriffen des auf seinem Führungsanspruch beharrenden Deutschen Frauenwerkes, das den evangelischen Verbänden jegliche weltliche Betätigung wie Ausflüge, gemeinsame Mahlzeiten, Mütter- und Kinderbetreuung, Singen etc. verbieten ließ und mit Hilfe der Organe des NS-Staates auch durchsetzen konnte. Grone schloss das evangelische Frauenwerk deshalb 1934 der bekennniskirchlich orientierten Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Werke und Verbände an, was zu ihrer Amtsenthebung durch Reichsbischof Müller und später auch zu ihrem Ausschluss aus der Partei führte. Im April 1935 gründete Müller den Frauendienst der DEK, der an die Stelle des Frauenwerkes treten sollte und zu dessen Leiter Hermenau bestimmt wurde. Damit war die

Spaltung der evangelischen Frauenarbeit vollzogen. Bemerkenswerterweise behaupteten sowohl die Vertreterinnen des Frauenwerkes als auch die des Frauendienstes, dass sie – ungeachtet ihrer tatsächlichen Nähe zur BK bzw. zu den DC – zur neutralen kirchlichen Mitte gehörten. Beide Richtungen verband auch nach wie vor eine grundsätzliche Loyalität zum NS-Staat. Allerdings gab es durchaus beträchtliche regionale Unterschiede, was die kirchenpolitische und politische Orientierung anging. Als der von Hitler eingesetzte Reichskirchenminister Hanns Kerrl im Oktober 1935 einen Reichskirchenausschuss als neues kirchliches Leitungsorgan zur Befriedung des Kirchenkampfes berief, unterstellte sich das Frauenwerk diesem Ausschuss, da dessen Vorsitzender Wilhelm Zoellner wegen seines früheren starken Engagements für die Frauenhilfe einen Vertrauensvorschuss besaß und zudem die Verordnungen des Reichsbischofs außer Kraft setzen wollte. Bekenntniskirchliche Gremien, die den Reichskirchenausschuss nicht anerkannten, drohten daraufhin mit der Gründung einer eigenen Frauenarbeit. Im Krieg suchten verschiedene Frauenverbände durch ihre organisatorische Eingliederung in die Landeskirchen, d. h. unter Preisgabe der Selbstständigkeit als Verein, den anhaltenden Repressalien des NS-Staates zu entgehen; vielfach zogen sich die Frauen jetzt auf Gemeinde- und Bibelarbeit im engeren Sinne zurück.

7. Widerstandsgruppierungen mit evangelischer Beteiligung

Die NS-Staatsverbrechen, u. a. die millionenfache Judenverfolgung und -ermordung, bedeuteten insbesondere auch für die evangelische Kirchengeschichte eine tiefe Zäsur, die der Münsteraner Kirchenhistoriker Wolf-Dieter Hauschild ex post zu Recht als »moralische Katastrophe« bezeichnet hat [Hauschild, 906]. Sowohl zum Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 als auch zu den »Nürnberger Rassegesetzen« 1935 wie ebenfalls zum »Novemberpogrom« 1938 und zur sog. »Endlösung«, die die Nationalsozialisten allerdings versuchten geheim zu halten, hat die evangelische Kirche, der damals gut 60% der Menschen in Deutschland angehörten, in weitem Maße geschwiegen – und das gilt auch für die BK. Organisatorische kirchliche Hilfe gab es in beschränktem Maße lediglich für sog. »nichtarische« Christen; hier sind vor allem das evangelische »Büro Pfarrer Grüber« in Berlin und entsprechende Hilfsstellen der bayerischen Landeskirche in München und Nürnberg zu nennen. Diese Hilfe wie auch der mutige Einsatz einzelner Christen verschwinden jedoch »in der historischen Wertung quantitativ wie qualitativ hinter dem fast totalen Schweigen« [Hauschild, 907].

Dennoch spielten der evangelische Glaube und das darauf gründende Ethos in verschiedenen Gruppierungen, die eindeutig dem Widerstand gegen den NS-Staat zurechnen sind, eine nicht zu unterschätzende Rolle [vgl. Kap III.5].

Busch, Christine (Hg.): 100 Jahre Evangelische Frauenhilfe in Deutschland. Einblicke in ihre Geschichte. Düsseldorf 1999.

- Meier, Kurt: Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Dritten Reich (AGK E 3). Göttingen ³1967.
- Neumann, Peter: Die Jungreformatorische Bewegung (AGK 25). Göttingen 1971.
- Nowak, Kurt: Art. Deutschgläubige Bewegungen, in: TRE 8, 554-559.
- Riedel, Heinrich: Kampf um die Jugend. Evangelische Jugendarbeit 1933-1945. München 1976.

Thomas Martin Schneider